

Motion Fraktion SP (Benno Frauchiger/Yasemin Cevik, SP): Zurück zur Sachpolitik in der Budgetdiskussion um die Gemeinwesenarbeit

Die Gemeinwesenarbeit hat eine vitale Bedeutung in der Stadt Bern. Die Quartier- und Gemeinschaftszentren sowie Familientreff und Mütterzentrum leisten einen grossen Beitrag zur Quartierentwicklung, zum sozialen Zusammenhalt, zur Integration verschiedenster Zielgruppen und zur Entschärfung sozialer Konflikte. Die Investitionen in die Gemeinwesenarbeit verhindern auf diese Weise das Entstehen weit grösserer Folgekosten aufgrund von Desintegration, Vereinsamung und sozialen Konflikten.

Der Gemeinderat nimmt mit seiner Ankündigung, ab dem Jahr 2014 die Mittel für die Gemeinwesenarbeit um über 50% zu kürzen, in Kauf, dass ein über Jahrzehnte sorgsam aufgebautes und von der Bevölkerung vielgenutztes Leistungsangebot unwiderruflich zerstört wird. Dies führt zu sozialen Folgekosten, welche weit über den 1,8 Mio. Franken liegen, die der Gemeinderat einsparen will. Der Gemeinderat begründet die Kürzung der Mittel für die Gemeinwesenarbeit mit Sparmassnahmen des Kantons. Damit lehnt er faktisch die Verantwortung für die Gemeinwesenarbeit in der Stadt Bern ab und überträgt sie an den Kanton. Im Weiteren stellt er damit die Autonomie der Stadt Bern in ihrer Aufgaben- und Finanzplanung fundamental in Frage.

Zweifellos schmerzen die Sparmassnahmen des Kantons, und es fällt schwer diese einfach so hinzunehmen. Es ist aber nicht richtig, eine machtpolitische Auseinandersetzung mit dem Kanton auf Kosten der Gemeinwesenarbeit zu führen und damit zentrale Elemente des sozialen Zusammenlebens und der Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen in der Stadt Bern aufs Spiel zu setzen. Der Entscheid des Kantons, die Ausgaben für die Gemeinwesenarbeit nicht mehr zum Lastenausgleich zuzulassen, hat für die Stadt Bern einen Ertragsausfall aus dem FILAG von rund 1,87 Mio. Franken zur Folge. Solche Ertragsausfälle aus dem Lastenausgleich sind aber grundsätzlich über die Globalbudgets zu kompensieren und zwar dort, wo es die Stadt Bern am wenigsten schmerzt. Autonome Finanzpolitik heisst nämlich, dass sich die Budgets zugunsten der verschiedenen Produktegruppen auf dem Leistungsbedarf und einer Kosten-Nutzen-Rechnung der verschiedenen Dienstleistungen abstützen, losgelöst von finanzpolitischen Kapriolen des Kantons und der Frage, welche Ausgaben er zum Lastenausgleich zulässt oder eben nicht. Sparmassnahmen in der Gemeinwesenarbeit sind unter dieser Prämisse zwar möglich, aber nur sofern sachlich begründbar und in einem fairen Verhältnis zu Sparmassnahmen in anderen Bereichen. Solche Kürzungen sind jedoch nicht zum vornherein willkürlich auf 50%, 25% oder 17% festzulegen.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf:

1. Die Mittel für Produktgruppe PG 330100 (Kinder- und Jugendförderung, Gemeinwesen) im Budgetentwurf 2014 gegenüber dem Vorjahr bei finanzpolitischer Begründung um maximal den Betrag zu kürzen, welcher anteilmässig der Kürzung der Globalbudgets am gesamten städtischen Budget entspricht.
2. Kürzungen die darüber hinausgehen sozial- und integrationspolitisch zu begründen, soweit sie einen Abbau gemeinnütziger Leistungen zur Folge haben. Dabei ist ein Minderbedarf an entsprechenden Leistungen durch veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse nachzuweisen.

Begründung der Dringlichkeit

Damit der Gemeinderat die Forderungen für den Budgetentwurf 2014 umsetzen kann, hat der Stadtrat vorher darüber zu beschliessen.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 25. April 2013

Erstunterzeichnende: Benno Frauchiger, Yasemin Cevik

Mitunterzeichnende: Thomas Göttin, Katharina Altas, Ursula Marti, Peter Marbet, Rithy Chheng, Hasim Sönmez, Marieke Kruit, Michael Sutter, Lena Sorg, David Stampfli, Patrizia Mordini, Bettina Stüssi, Gisela Vollmer, Halua Pinto de Magalhães, Annette Lehmann, Nicola von Greyerz, Lukas Meier, Lea Kusano